

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend

**BERLINER
EXTRA
DIENST**

Verlag und Redaktion: 1000 Berlin 31, Pfalzburger Straße 20 · Telefon: 86 21 89 · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Diese Publikation erscheint im Verlag der EXTRA-Dienst GmbH Westberlin · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00; Ausland monatlich DM 6,00; Luftpostbelieferung Ausland monatlich DM 6,00 zuzüglich geltender Luftpostzuschlag · Bankverbindungen: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin Konto 4712 und Postscheckkonto Berlin-West Konto 85 21 · Redaktionen setzen sich wegen Nachdrucken oder sonstiger Auswertung mit dem Verlag in Verbindung.

14. Dezember 1968 - 100/11
Einzelpreis DM 0.75

HEUTE, SONNABEND, 14 UHR: KAMPFDEMONSTRATION VOM STEINPLATZ ZUM SCHÖNEBERGER RATHAUS GEGEN DIE WESTBERLINER KLASSENJUSTIZ AM BEISPIEL DES FALLS REHSE

IN DIESER AUSGABE:

NPD WESTBERLIN BAUT TARNORGANISATIONEN AUF (SEITE 2) - AUS DER WELT DES KAPITALISMUS: GESTRICHENES WEIHNACHTSGELD UND AKKORD-BESCHNEIDUNG (SEITE 5) - AFFÄRE MEINEKESTRASSE: POLIZEI VERNICHTETE BEWEISMATERIAL (SEITE 6) - REPUBLIKANISCHER CLUB WESTBERLIN: DISKUSSION UM DEMONSTRATION UND GEWALT (SEITE 7)

REHSE-DEMONSTRATION: SENAT VERWEIGERT TECHNISCHE HILFE

Westberlins Senat, der sich angesichts der weltweiten Empörung über das freisprechende Urteil gegen den Freisler-Gehilfen Rehse nicht weigern konnte, der Außerparlamentarischen Opposition den Kundgebungsplatz vor dem Schöneberger Rathaus zu genehmigen und dafür die "Bannmeile" aufzuheben, versuchte trotzdem durch juristische Tricks, die Kundgebung zum Scheitern zu bringen: Er verweigerte jede technische Hilfe, vor allem die Überlassung der in und vor dem Rathaus Schöneberg installierten Lautsprecheranlage. Auch der Versuch, von den Polit-Bürokraten des Rathauses die Überlassung einer Steckdose für den Anschluß einer APO-eigenen oder geliehenen Lautsprecheranlage zu erreichen, scheiterte. Die Rathaus-Steckdose, die zur Stromentnahme bei den "Freiheitskundgebungen" der "Berliner" allen Veranstaltern zur Verfügung steht, wurde mit dem Hinweis: "Der Netzanschluß des Schöneberger Rathauses ist kein öffentlicher Anschluß" (Chef der Senatskanzlei Grabert) gesperrt.

Die Verbände der Außerparlamentarischen Opposition haben die Kampfdemonstration gegen die Westberliner Klassenjustiz, die sich zuletzt am Urteil gegen den Freisler-Gehilfen Rehse manifestierte, trotzdem technisch gut vorbereitet. Mit zahlreichen Plakaten und Flugblättern wird die demokratisch gesinnte Bevölkerung Westberlins aufgerufen, sich am Demonstrationszug und an der Abschlußkundgebung zu beteiligen.

Der Demonstrationszug beginnt um 14 Uhr auf dem Steinplatz (an der Hardenbergstraße; U-Bahnhof/S-Bahnhof Zoo bzw. Ernst-Reuter-Platz) und geht über Hardenbergstraße, Uhlandstraße, Kurfürstendamm, Tauentzienstraße, Martin-Luther-Straße zum Schöneberger Rathaus. Die Schlußkundgebung wird circa 60 bis 90 Minuten später auf dem John-F.-Kennedy-Platz vor dem Rathaus beginnen. Auf der Kundgebung sprechen Beate Klarsfeld, die während des CDU-Parteitages dem Ex-Nazi Kiesinger eine Ohrfeige gab und dafür ein Jahr Gefängnis ohne Bewährungsfrist erhielt (für den Jüdischen Aktionskreis); Erich Ziegler, der vom nazistischen Volksgerichtshof wegen antifaschistischen Wider-

standes zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt wurde (für die SED Westberlin); Solveig Ehrler, Vorstandsmitglied des Republikanischen Clubs Westberlin; Rainer Geulen (SDS) als Sprecher der Justizkampagne der Außerparlamentarischen Opposition Westberlins. Zur Demonstration haben, wie gemeldet, gemeinsam aufgerufen: AStA der FU und TU, Kampagne für Demokratie und Abrüstung, SDS, SED Westberlin, Republikanischer Club, FDJ Westberlin, VVN, Liga des Antifaschistischen Widerstandes, Initiativausschuß für eine revolutionäre Jugendorganisation, Jüdischer Aktionskreis und LSD. Auch andere Gruppen und Verbände der Westberliner APO wie der SHB, die Jungdemokraten und die Falken, wollen sich an der Demonstration beteiligen, haben jedoch wegen der Teilnahme der SED Westberlin von einer Unterzeichnung des gemeinsamen Aufrufs abgesehen. In einem Aufruf der Falken wird darauf hingewiesen, daß die Kommunisten im antifaschistischen Widerstandskampf den höchsten Blutzoll zu entrichten gehabt hätten, andererseits in der DDR eine "Kriminalisierung junger Sozialisten" erfolge, die sich gegen die CSSR-Intervention gewandt hätten. In einer Presseerklärung des Jüdischen Aktionskreises heißt es, dieses Urteil müsse Signal sein, "mit wirkungsvolleren Mitteln als bisher und mit größerer Kraft zu kämpfen für eine stärkere Öffentlichkeit an den Gerichten der Herrschenden und für die Verwirklichung des Satzes aus dem Grundgesetz: Alle Macht geht vom Volke aus." In einem Aufruf der VVN heißt es: "Jetzt ist Handeln das Gebot der Stunde." Der Bund der Verfolgten des Naziregimes teilt hingegen EXTRA-Dienst mit, daß er sich an keiner Demonstration beteiligen kann, die eine persönliche Beleidigung unseres Berliner Senats enthalten würde."

PERSONALIEN

HANS-JOACHIM REHSE, ehemaliger Beisitzer am "Volksgerichtshof", wohnhaft in Husum, soll nach dem Urteil gegenüber Bekannten geäußert haben: "Es ist doch klar, warum man mich nach Berlin schleppen mußte, um diesen Prozeß zu machen. In Husum hätte doch kein Mensch den Richter auch nur angesehen, der es gewagt hätte, mich vor Gericht zu stellen."

DR. ERNST-JÜRGEN OSKE, Vorsitzender des Schwurgerichts im Rehse-Prozeß, Mitglied der FDP, ist mit 42 Jahren der älteste der Richter, die für den Freispruch verantwortlich sind. Seine beiden Beisitzer Klaus Olowson und Egbert Weiß sind 39 und 37 Jahre alt. Dr. Oske im Namen seiner Kollegen zum SFB: "Es gibt noch Richter in Berlin."

GERHARD SPLETZER, Erster Staatsanwalt, Ankläger im Rehse-Prozeß und bei zahlreichen APO-Verhandlungen, nach dem Urteil: "Wir haben den Anspruch verloren, der APO zu sagen, was Recht, was Unrecht ist." Nur sein Amt hindere ihn daran, bei nächster Gelegenheit gegen diese Entscheidung zu demonstrieren.

DR. RUDOLF BÖRKER, 63, Bundesrichter am 5. Strafsenat des Bundesgerichtshofes, der demnächst über die Revision gegen den Rehse-Freispruch entscheiden muß, in einem Leserbrief an den "Tagesspiegel": "Das mutige Urteil des Schwurgerichts zeigt, daß die Gerichte zum Glück noch immer ohne Furcht vor Reaktionen der Öffentlichkeit der eigenen Überzeugung folgen."

NPD WESTBERLIN: TARNORGANISATIONEN WERDEN GEBILDET

Die Unruhe über den Beschluß des Landesvorstandes über die Selbstaflösung der Partei in Westberlin hat sich in den letzten Wochen verstärkt. Innerhalb der einzelnen Kreisvorstände, die ungeachtet der Selbstaflösung weiterhin regelmäßig tagen, gibt es Differenzen über das weitere Vorgehen. In fast allen Kreisvorständen wird darüber geklagt, daß die Mitglieder der Partei "schlecht informiert" worden seien. Ungeachtet dessen haben zahlreiche NPD-Gruppen der beklagten "Tatenlosigkeit" ein Ende gesetzt und mit dem Aufbau von Tarnorganisationen in unverfänglicher Form begonnen. So wurde beispielsweise ein "Schützenverein Andreas Hofer" gegründet, dem u. a. die NPD-Funktionäre Borris, Fabianke, Feldt, Heidecke und Höhn angehören. - In die Auseinandersetzungen um den Aufbau von Tarnorganisationen, die von Teilen des ehemaligen Vorstandes nicht gebilligt werden (da sie schlecht zu kontrollieren seien), gehört offenbar auch eine als unpolitisch angesehene Schießerei zwischen den NPD Mitgliedern Deiters und Carl,

die am 19. November in einem Park an der Ecke Wilhelm- und Seecktstraße stattgefunden hat. Beide gehören zu der NPD-Gruppe, die beschuldigt wird, im Mai dieses Jahres die Büros von SDS und einer Basisgruppe demoliert zu haben. Ihnen wird auch ein Überfall auf einen "linken" Autofahrer im Juni im Westberliner Bezirk Spandau zur Last gelegt.

CDU: OSTBERLIN-KONTAKTE ALS WAHLKAMPFTHEMA

Die "Affäre Bahr", die von der CSU und bestimmten Teilen der CDU hochgespielt wurde, wird von der CDU nur als "Vorgeplänkel" betrachtet. Es steht fest, daß einige Fäden vom "Bayernkurier", der sich wegen eines angeblichen Gesprächs von Brandts Sonderbotschafter Bahr mit SED-Mitgliedern echauffierte, zur Westberliner CDU laufen. In einer der letzten Fraktionssitzungen der Westberliner CDU wurde, in Auswertung des Bundesparteitages dieser Partei, die Zugehörigkeit Westberlins zum Bund als Programmpunkt "Nummer 1" herausgestellt. Amrehn sagte in diesem Zusammenhang, daß die CDU mit aller Energie verhindern werde, daß der SPD-Regierende Schütz "eigenmächtig" mit Ostberlin Kontakte aufnehme, weil er "unter dem Vorwand, für die Bevölkerung menschliche Erleichterungen zu schaffen, in Wirklichkeit nur Wahlpropaganda für die SPD treiben" wolle. Eine ähnliche Meinung vertreten im CDU-Bundesvorstand Barzel und Heck, die sich wiederholt besorgt darüber äußerten, daß Westberlins SPD und der Senat der Bundes-SPD während des Wahlkampfes 1969 "Schützenhilfe in größerem Ausmaß" geben könnte. Die Berlinfrage und die Ostpolitik werden im CDU-Wahlkampf eine große Rolle spielen. Westberlins CDU soll dabei Störfeuer schießen. Westberlins CDU werde auf die Bonner Koalition keine Rücksicht mehr nehmen und ihre politische Arbeit "entsprechend der Berliner Situation" orientieren.

ÖTV WESTBERLIN: TRÜGERISCHE BERLIN-WERBUNG GERÜGT

Westberlins Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) hat die Industrie- und Handelskammer, die Handwerkskammer und die Arbeitgebervereinigungen aufgefordert dafür zu sorgen, daß die offizielle betriebene Berlin-Werbung in der Bundesrepublik nicht mit Fakten arbeiten soll, die unrichtig sind. Es komme darauf an, den in der Bundesrepublik angeworbenen Arbeitskräften in Westberlin die gleichen Arbeits- und Lohnbedingungen zu gewähren wie in Westdeutschland; das sei vielfach nicht der Fall, so daß es dann in zahlreichen Fällen zu Unmut über Lohn und Arbeitsbedingungen komme. In einzelnen Branchen Westberlins gebe es keine Tarifverträge, ferner in einigen Branchen Bestrebungen, die Arbeitszeit zu verlängern oder Sonntagsarbeit einzuführen.

TERMINE

SAMSTAG, 14. Dezember, 20 Uhr: "Schah-Schieber oder Schrittmacher", Informationen zu Persien, Internationales Studentenheim Eichkamp, Harbigstraße (Bus A 94, 69). Aus Anlaß des zwanzigjährigen Bestehens der "Vereinigung für Internationale Studentenarbeit e. V." weitere Veranstaltungen am gleichen Ort: Sonntag, 15.12., 21 Uhr: Internationale Kurzfilme, u. a. "Revolutionäres Mexiko 68"; Montag, 16.12., 20 Uhr: Folk-Dance aus den USA; Dienstag, 17.12., 21 Uhr: Podiumsdiskussion über "Internationale studentische Protestbewegung".

SONNTAG, 15. Dezember, 20 Uhr: Podiumsveranstaltung im Republikanischen Club mit der AUD über "Ziele der AUD und ihre Stellung zur APO". Die AUD hatte erklärt, daß sie ihr aus der staatlichen Parteienfinanzierung zufließende Gelder an den Rechtshilfefonds der APO geben werde.

SONNTAG, 15. Dezember, 20.30 und 23.30 Uhr: Zweiter Teil eines Experimental-Film-Zyklus im "Litfaß", Sybelstraße 49, am Lehniner Platz.

MONTAG, 16. Dezember, 20 Uhr (ferner am 27. und 28. Dezember, 23 Uhr): Im Reichskabarett singt Senta Moira Folklore. An der Gitarre begleitet sie Birger Heymann.

EXTRA-Dienst Nummer 100/II hat eine verbreitete Auflage von 4050 Exemplaren

VDS: HOCHSCHULGESETZENTWURF DER FDP BEGRÜSST

Der Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) hat den vom Bundesvorstand der FDP verabschiedeten Hochschulgesetzentwurf begrüßt und die Hoffnung ausgesprochen, daß der Entwurf von den FDP-Frakturen in den Landtagen entschieden vertreten wird. Der Entwurf zeichne sich durch sechs Positiva aus: Die Vorlage versuche, nicht mehr zu sein als ein Rahmengesetz; sie schätzt den Stellenwert der Hochschule innerhalb des Bildungssystems richtig ein (Ablehnung des numerus clausus); sie tritt entschieden für Drittelparität und Abbau der Hierarchie ein; eine Neugliederung wissenschaftlicher Arbeit sei durch den Entwurf möglich; mit der Hochschulreform werde zugleich die Neuordnung des Studiums angefaßt; die Unabhängigkeit der Universitätsspitze vom Staat bleibe gewahrt. Kritisch wird angemerkt: Das Verhältnis zwischen Hochschule und Gesellschaft werde unpräzise angesprochen; der Anspruch auf demokratische Legitimation aller Entscheidungen werde auf Fachbereichebene nicht konsequent durchgehalten; die Kommunikation zwischen den einzelnen Hochschulen sei nicht ausreichend verankert; der Studienaufbau (Teilung in Grund- und Hauptstudium) entspreche nicht letzten Erkenntnissen.

"FALL" GOTTSCHALCH: STUDENTEN-AKTION ERFOLGREICH

Mit Hilfe des Demokratischen Klubs, einiger Bezirksverordnetenversammlungen und der SPD- und CDU-Rechten in Westberlin wird derzeit ein Kesseltreiben gegen den PH-Professor Wilfried Gottschalch entfaltet. In Tiergarten, Wilmersdorf und Steglitz wurde versucht, einen EXTRA-Dienst-Artikel Gottschalchs zu benutzen, ein anstehendes Disziplinarverfahren gegen den Professor voranzutreiben und die PH-Studenten gegen Gottschalch aufzubringen: Es wurden Beschlüsse gefaßt, nach denen keine "Lehrpersonen angestellt" werden sollen, die von Professoren ausgebildet wurden, die "gegen das Grundgesetz verstoßen". Der Name Gottschalch fiel dabei allerdings nicht. In Steglitz haben Studenten der PH den Bezirksverordneten dargelegt, daß man sie nicht gegen ihren Professor aufhetzen kann: Während einer Bezirksverordnetentagung wurde ein Go-in veranstaltet, bei dem die Studenten taktisch versiert vorgingen. Sie erzwangen nicht einen Abbruch der Versammlung, aber eine Diskussion nach Abschluß der Tagesordnung. Dabei stellte sich heraus, daß die meisten Abgeordneten überhaupt nicht wußten, um was es ging. Kaum jemand kannte das Disziplinarverfahren gegen Gottschalch, kaum einer hatte den Gottschalch-Artikel im EXTRA-Dienst gelesen. Gegen die Anti-Gottschalch-Vorlage stimmten nur drei SPD-Abgeordnete: Schüler, Koeppen und Lunk. - Eine der treibenden Kräfte gegen Gottschalch ist das sozialdemokratische Vorstandsmitglied des Demokratischen Klubs, Dr. Wenzel, der schon vor einiger Zeit Gottschalch vorhielt, er hielte "kommunistische Reden."

EXTRA-DIENST: NEUER STRAFANTRAG GEGEN FU-REKTOR

Das Redaktionskollektiv des EXTRA-Dienstes hat Strafantrag gegen den FU-Rektor Harndt gestellt. In einem Schreiben an den Generalstaatsanwalt wird Bezug auf eine vom Oberstaatsanwalt Severin eingestellte Strafanzeige des Redaktionsmitgliedes Buchholz gegen Harndt genommen. Severin hatte erklärt, es bestünde kein öffentliches Interesse an einer Harndt-Verfolgung, der trotz vorliegender Dokumente behauptet hat, er habe nie der SA angehört. Harndt hatte gleichzeitig dem EXTRA-Dienst einen "kläglichen Rufmordversuch" nachgesagt und damit nach Auffassung der Anzeigerstatter das EXTRA-Dienst-Redaktionskollektiv in seiner beruflichen Ehre gekränkt. Gegen Severin wurde gleichzeitig Dienstaufsichtsbeschwerde vorgebracht.

SPD BONN: WIDERSTAND GEGEN WAHLALTER-HERABSETZUNG

Gewöhnlich gut informierte Kreise, die dem Vorstand der SPD in Bonn nahestehen, berichten, daß es innerhalb der Partei erhebliche Widerstände gegen die Herabsetzung des aktiven Wahlalters von 21 auf 18 Jahre gebe. Das Hauptargument sei, daß die Veränderung des Wahlalters, wie alle Statistiken zeigten, der SPD nur schaden könne und der APO mehr Einfluß auf die Wahlen gebe, als zuträglich sei. In den letzten Jahren habe sich, aller offiziellen SPD-Lyrik entgegen, herausgestellt, daß sich die jüngeren Menschen "mehr gegen als für die SPD entscheiden".

AUS DER WELT DES KAPITALISMUS (I)

EXTRA-Dienst wird ab dieser Ausgabe Detail-Erscheinungen aus kapitalistischen Betrieben und Einzeldarstellungen kapitalistischer Verhaltensweisen veröffentlichen. EXTRA-Dienst wird dabei "Roß und Reiter" nennen - also die Namen von Betrieben, Betriebsinhabern, Meistern und Lohnabhängigen. Die Reihe der Einzeldarstellungen soll dazu beitragen, Form und Inhalt des Kapitalismus in Westberlin und der Bundesrepublik zum Gegenstand konkreter Kritik und daraus folgenden Aktionen zu machen.

FALL 1: WEIHNACHTSGELD BEI ISOPHON-WERKE GMBH

Die ungelernte 17jährige Arbeiterin Erika R., seit dem 6. Februar 1968 beschäftigt bei der Firma Isophon-Werke GmbH, Lautsprecher-Fabrikation, 1 Berlin 42, Eresburgstraße 22, sollte für ihre fast einjährige "Betriebstreue" ein fürstliches Weihnachtsgeld von DM 20,- erhalten. Zuvor fehlte sie jedoch einen Tag "unentschuldigt", das heißt, sie rief erst nach 12 Uhr mittags bei der Firma an und entschuldigte ihr Fehlen wegen einer Krankheit. Die Firma "erwartet" jedoch Krankheits-Entschuldigungen bereits vormittags, wozu die telefonlose Arbeiterin nicht kam. Die Weihnachtsgratifikation wurde deshalb in voller Höhe abgezogen: Die Arbeiterin erhielt eine leere Lohntüte, geschmückt mit einem grünen Tannenbaum und dem Aufdruck "Ein frohes und gesundes Weihnachtsfest wünscht Ihnen die Geschäftsleitung". Sie hatte den Empfang der leeren Lohntüte zu quittieren.

FALL 2: DIE TOILETTE DER FIRMA SENDLINGER

Der Arbeiter Richard R. arbeitet bei der Firma Sendlinger, Optische Glaswerke GmbH, 1 Berlin 37, Goerzallee 271, als Glasschleifer. Seine Abteilung zog vor kurzem aus der oberen Etage des Firmengebäudes in ein tieferliegendes Geschoß. Die obere Etage wurde an eine andere Firma vermietet. Die jetzige Etage hat keine Toilette. Dem Arbeiter R. wurde zur Benutzung eine mehrere hundert Meter entfernt liegende Toilette empfohlen. Da er und seine Kollegen im Akkord arbeiten und sich nicht längere Zeit von ihrem Arbeitsplatz entfernen wollen, wird jetzt eine "Toilette" in einer windstillen Ecke des Fabrikhofes benutzt, was von der Firmenleitung stillschweigend gebilligt wird.

MAOISTEN: "ROTER MORGEN" ALS PARTEIORGAN

Die maoistische "Kommunistische Partei Deutschlands - Marxisten/Leninisten", die der ehemalige Blinkfuer-Herausgeber Ernst Aust gegründet hat, bringt jetzt den "Roten Morgen" als Monatsschrift der neuen Partei heraus. Die Zahl der Parteimitglieder wird mit derzeit rund 350 angegeben. Die Ausgabe Oktober/November des DIN-A-4-Organs umfaßt 14 Seiten und kostet 40 Pfennig. Unter dem Zeichen der Maoisten - der Fünferreihe Marx-Engels-Lenin-Stalin-Mao - und dem abgewandelten klassischen Kampftruf "Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!" wird über viereinhalb Seiten der am 26. Oktober in Köln beschlossene Gründungsaufruf für die KPD(ML) abgedruckt. Die weiteren Beiträge befassen sich mit dem "Allumfassenden Sieg in der Großen Proletarischen Kulturrevolution", drei Polemiken gegen die KPdSU im Zusammenhang mit dem Blutbad unter den indonesischen Kommunisten (das den sowjetischen Kommunisten in die Schuhe geschoben wird), einer Polemik gegen die Auffassungen Che Guevaras vom bewaffneten Kampf, einer Darstellung der CSSR-Frage aus maoistischer Sicht. Der Inhalt wird vervollständigt durch vier Meldungen aus Brasilien, Japan, Holland und Australien über Studenten- und Arbeiterdemonstrationen sowie die Wellen- und Zeitangaben von Radio Tirana und Radio Peking.

WESTBERLIN: ERSTMALS GASTSPIEL DES DEUTSCHEN THEATERS

Das Ostberliner "Deutsche Theater" wird erstmals zu einem Gastspiel nach Westberlin kommen. Am 27. Dezember und am 31. Dezember wird in der Majakowski-Galerie (Berlin 31, Kurfürstendamm 72, Telefon 887 21 27) Jerome Kiltys Zweipersonenkomödie "Geliebter Lügner" gegeben, die auf einem Briefwechsel zwischen Shaw und seiner Freundin Stella Patrick Campbell fußt. Es spielen Erika Pelikowsky und Herwart Grosse, der in der Springer-Fernsehfunksendung den Betriebsrat Finke gab. Die Inszenierung besorgt

Wolfgang Heinz, der auch die vieldiskutierte "Faust"-Aufführung des Deutschen Theaters leitete. Alle drei Ensemble-Mitglieder sind Nationalpreisträger der DDR.

ASYL: GRIECHEN IN DER BUNDESREPUBLIK

Die Evangelische Studentengemeinde in Frankfurt hat in einem offenen Brief die Kirchenleitungen der Bundesrepublik und Westberlins aufgefordert, sich für die Gewährung politischen Asyls für die Gefangenen des griechischen Militärregimes in der Bundesrepublik einzusetzen. Die Studenten beziehen sich dabei auf eine Äußerung des Athener Junta-Chefs Papadopoulos, die im offiziellen Regierungsblatt "Elefteros Kosmos" am 17. September 1968 wiedergegeben wurde. Der Oberst hatte damals erklärt: "Falls der Fragende (gemeint ist ein westlicher bürgerlicher Demokrat) mir unterschreiben und versichern könnte, daß er sie (die Gefangenen) in seinem Land behalten könnte, aber mit voller Sicherheit dafür, daß sie unter keinen Umständen hierhin zurückkehren werden, würde ich sie ihm gerne abtreten mit dem Hintergedanken, daß ich somit das Geld, das ich für ihre Ernährung ausbebe, sparen könnte."

PROZESSE MEINEKESTRASSE: POLIZEI VERNICHTETE BEWEISMITTEL

Beim Berufsprozeß gegen Peter Brandt stellte sich heraus, daß die Polizei wichtige Beweismittel zum Komplex Meinekestraße vernichtet hat. Obwohl amtliche Fotografen bei dieser Polizeiaktion am Ostersonnabend fotografiert hatten, gibt es heute keine Negative dieser Filme mehr. Rechtsanwalt Mahler, der darum ersuchte, daß die vorliegenden Bilder anhand der Negativstreifen in eine chronologische Reihenfolge gerückt werden, erhielt die Auskunft, daß die Negative nach Herstellung der Fotos vernichtet worden seien. Anscheinend wurden nur jene Bilder abgezogen, aus denen man Beweismaterial gegen Demonstranten glaubte zimmern zu können. Vermutungen, warum die Negative vernichtet wurden, sprechen davon, daß man einen hohen Polizeioffizier vor einer Strafverfolgung schützen wollte. Es kann sich dabei nur um den Einsatzleiter Burck handeln, der vom RC-Vorsitzenden Dr. Huffs Schmid und einem EXTRA-Dienst Redakteur angezeigt worden war; Burck hatte bei der Verhaftung Huffs Schmid auf den völlig Wehrlosen von hinten mit der Faust eingeschlagen. Zwar gibt es ein Polizeifoto, auf dem Burck bei der Festnahme Huffs Schmid direkt hinter dessen Rücken klar erkennbar ist, ein Bild von der Prügel-Szene fehlt jedoch. Bis heute wurde den Anzeigen-Erstattern noch nicht einmal ein Aktenzeichen mitgeteilt. Auch bei dem Meineidsverfahren, das Rechtsanwalt Mahler gegen Polizeioberkommissar Burck beantragt hat, hätten die vollständigen Filmstreifen eine Rolle gespielt. Burck hatte, wie berichtet, behauptet, daß Mahler selbst an der Meineke-Straße-Demonstration teilgenommen habe. Der Anwalt, der durch zahlreiche Alibi-Zeugen das Gegenteil beweisen kann, wurde daraufhin von Prozessen gegen die Ostersonnabend-Demonstranten ausgeschlossen. Auf den von der Kriminalpolizei vorgelegten "Beweisfotos", auf denen Mahler angeblich zu sehen gewesen sein sollte, erkannten alle Befragten einwandfrei den AP-Journalisten Hartmut Bunke.

ROTE FAHNE GEZEIGT: REFERENDAR SOLL ENTLASSEN WERDEN

Westberlins Justiz hat gegen den 31jährigen Gerichtsreferendar Rainer Frommann ein Disziplinarverfahren nach § 109 der Landesdisziplinarordnung eingeleitet, das die Entlassung zum Ziele hat. Am Morgen des 4. November berichtete Frommann in einem Seminar im Landgericht Charlottenburg über eine Loccumer Tagung zur Justizreform und machte dabei aus seinem sozialistischen Standpunkt keinen Hehl. Als sich der Demonstrationszug, der als Protest gegen die gleichzeitig laufende Ehrengerichtsverhandlung gegen Rechtsanwalt Mahler formiert wurde, dem Landgericht näherte, versuchte Frommann eine rote Fahne aus dem Fenster zu hängen. Andere Referendare hinderten ihn daran. Es steht außer Zweifel, daß der Versuch der Fahnenhissung gemacht wurde, als der Demonstrationszug noch nicht in Auseinandersetzungen mit der Polizei verwickelt war. Trotzdem wird von der Justiz formuliert, Frommann "soll anlässlich der Ausschreitungen versucht haben, eine rote Fahne aus dem Gebäude zu hängen". Mündlich wurde Frommann beschuldigt, sich mit den Ausschreitungen "identifiziert" und mit der Fahnenhissung "ein Signal gegeben" zu haben. Am 17. Dezember soll die erste verantwortliche Vernehmung Frommanns in seinem Disziplinarverfahren stattfinden.

REPUBLICANISCHER CLUB: ÜBER DEMONSTRATION UND GEWALT (II)

EXTRA-Dienst dokumentiert heute den zweiten und letzten Teil einer Diskussion im Westberliner Republikanischen Club über die Demonstration am 4. November vor dem Charlottenburger Landgericht am Tegeler Weg. Der Tonbandmitschnitt wurde unwesentlich gekürzt.

HUFFSCHMID: Ich finde, wir müssen zugeben, daß möglicherweise von beiden Seiten ein bißchen hoch gepokert worden ist in der Einschätzung dieser Aktion. Nur halte ich es für falsch, zu den Basisgruppen hinzugehen und zu sagen: Leute, wir müssen Kritik üben, das war kein Klassenkampf. Ich halte es allein für legitim, wenn man gleichzeitig sagt: Wie kann das, was da gemacht worden ist und was weiter gemacht werden soll, Beitrag zum Klassenkampf werden und wie wird es das nicht, wenn es etwa in so oder solch eine Richtung geführt wird. Und gerade im Hinblick auf den Psychoterror, den ich für eine unpolitische Sache halte, wäre es wichtig für uns, jetzt nicht hier vom Katheder zu verkünden, Psychoterror ist kein Beitrag zum Klassenkampf, sondern jetzt zu versuchen, in die Basisgruppen hineinzugehen und mit denen zu diskutieren und sie zu der Einsicht zu bringen, daß Psychoterror wirklich keine politische Funktion in der gegenwärtigen Situation hat.

SCHWENGER: Ich halte die Aufforderung, diese Kritik, die man jetzt anzubringen hat, in den Basisgruppen durch Beteiligung an deren Praxis anzubringen, für problematisch. Um das zu verstehen, muß man sich die Frage vorlegen, in wessen Namen wird hier Klassenkampf eingeleitet. Im Namen der Arbeiterklasse. Also müßten die Diskussionen eigentlich in der Öffentlichkeit der gesamten Klassen geführt werden. Nun kann man sich darauf einlassen, daß man sagt, es sind in diesem Moment nur Teile, die kämpfen, d. h. also im wesentlichen die Außerparlamentarische Opposition. Aber auch die besteht ja nicht aus der Gruppe, die diese Aktion am Tegeler Weg als Teil des Klassenkampfes versucht hat; sondern sie besteht auch aus zahlreichen anderen Gruppen, die durchaus an ihrem Ausschnitt der Basis arbeiten, etwa die Studentengruppen an den Hochschulen, kirchliche Gruppen, oder Gruppen, die in irgendwelchen Berufsverbänden arbeiten, auch dort ist gesellschaftliche Basis. Sie tragen alle in ihrer Weise zum Klassenkampf bei und sie nehmen genauso an dieser Aktion, die eine andere Gruppe der APO vornimmt, Interesse insofern, als diese Aktion eine Aktion in demselben Kampf ist, den sie an ihrer Basis führen, nur mit anderen Mitteln, mit einer möglicherweise anderen Strategie. Deshalb halte ich es für ein ganz schlechtes Argument, wenn man denen jetzt sagt: Ihr wart nicht dabei, geht doch jetzt in die Basisgruppen, die diese Aktion gemacht haben, und nur dort dürft ihr Kritik üben. Selbstverständlich kann jede Gruppe, die sich der APO zugehörig empfindet und die meint, daß sie an ihrem Ort ihren Beitrag zum Klassenkampf leistet, Aktionen kritisieren, die andere Gruppen machen. Wir müssen dann nur wissen, daß die Situation im Moment so aussieht, daß die Verständigung der APO-Gruppen untereinander sehr viel schlechter ist als je und daß eine Öffentlichkeit, wie wir sie untereinander mal hatten für unsere Probleme, nicht mehr existiert. So kommt es dann, daß diese Gruppen, die vor dem Landgericht alleine aktiv waren, alleine den Klassenkampf probierten, nun in Anspruch nehmen, als einzige den Klassenkampf voranzutreiben.

LANDSBERG: Ich glaube, wenn hier über den Tegeler Weg diskutiert wird, dann ist es richtig, daß wir anderen - also etwa die sozialdemokratischen orientierten Gruppen - unseren Praxisbegriff schildern müssen. Wir können nicht so tun, als ob unser Praxisbegriff unumstritten im Raum steht und als ob nur über den Praxisbegriff anderer innerhalb der APO zu streiten wäre. Wenn wir über die weitere strategische Arbeit diskutieren wollen, sollten wir die Kritik an den sozialdemokratischen APO-Mitgliedern aufnehmen, die in der vorletzten "Neuen Kritik" geliefert wurde. Dort wird darauf verwiesen, daß die ganze Ausrichtung dieser Gruppierungen in ihrem Weg durch die Institutionen vorbeigeht an der Verselbständigung der Sozialkonflikte innerhalb der ökonomischen Sphäre in den Einzelbetrieben. Meiner Meinung nach liegen hier Fehler zugrunde, nämlich der Fehler, daß man die jetzige wirtschaftliche Situation schlichtweg interpoliert auf

eine Situation angespannter sozialer Lage und meiner Meinung nach dann auch die Gruppen innerhalb der Institutionen eine relevante Tätigkeit entfalten können. Das ist als Möglichkeit auch in der "Neuen Kritik" angesprochen worden. Die Praxis innerhalb der Institutionen kann heute nur eine vorbeugende sein. Heute ist auch sehr wohl die Grundlage unserer Arbeit in Basisprojekten zu sehen. Ich meine, wenn man hier zeitliche Bestimmungen setzt und wenn man versucht, Arbeit zu koordinieren, es dann sinnvoll wäre für den Republikanischen Club, die Basisleute und die Leute, die in den Institutionen arbeiten, hier tatsächlich kommunikativ zusammenzuführen.

EBERT: Hier ist vorhin das Wort Militanz gefallen, als eine gewisse Steigerung der bisherigen Praxis. Ich glaube, daß hier einige Mißverständnisse vorliegen, weil man Militanz immer mit dem gleichsetzt, was am Tegeler Weg passiert ist. Es gibt aber durchaus verschiedene Formen der Militanz. Ich würde zwei Eskalationsformen hier unterscheiden. Die erste ist, daß man den physischen Druck auf den Gegner verstärkt, daß man ihn also einzuschüchtern versucht, indem man immer stärkere Kampfmaßnahmen ergreift, die zweite Form wäre, daß man den eigenen Einsatz und die eigene Opferbereitschaft verstärkt. Das führt mich hin zu zwei verschiedenen Wirkungsweisen und Aktionen. Ich glaube, darüber müssen wir uns im klaren sein, daß hinter diesen Diskussionen die Frage grundsätzlich verschiedener Strategien steht, daß wir immer wieder meinen, daß wir zwei verschiedene Dinge mischen können, die sich letzten Endes nicht mischen lassen. Wenn Sie eine Gesellschaft dadurch verändern wollen, daß Sie Ihre Gegner einschüchtern, dann können sie ganz anders reagieren, als wenn Sie durch diese Mischung von Angebot einer funktionierenden Alternative und Druck die Möglichkeit geben, in ein anderes funktionierendes System einzusteigen, wo ihnen ein Platz zugesichert wird. Das sind wirklich zwei verschiedene Strategien, und beide Strategien haben ihre Formen. Wenn wir meinen, daß wir die Formen der gewaltsamen Aktionen steigern können, so müssen wir uns darüber im klaren sein, daß dann auch eine Eskalation der Repression eintreten wird. Seien wir uns im klaren, was dann passieren wird. Dann werden die Leute, die hier noch groß diskutieren, für ein oder mehrere Jahre im Gefängnis sitzen, und dann ist einfach der Ofen aus. Dann würden nämlich nicht mehr tausend Leute, sondern noch sehr viel weniger zu dieser Geschichte kommen. Und dann bleibt uns nach einiger Zeit gar nichts anderes mehr übrig als der psychische Terror, der uns in den Untergrund führt, und dann ist natürlich auch nicht mehr sehr viel zu machen. Ich sehe im Grunde genommen in unserer heutigen Industriegesellschaft gar keine andere Alternative, als daß wir tatsächlich diesen Weg der Steigerung unserer eigenen Opferbereitschaft und des Umfunktionierens des Systems gehen. Wer heute sagt, diese Aktion am Tegeler Weg war sinnvoll, der müßte auch zeigen, wie sich diese Militanz noch weiter steigern läßt und wie er den Repressionen der Herrschenden letzten Endes standhalten möchte.

KADRITZKE: Ich glaube, daß es zumindest eine bedenkliche Erscheinung ist, wenn zumindest in Hinblick auf die Rechtfertigungsversuche für die Aktion am Tegeler Weg inzwischen eindeutig die individualpsychologischen Überlegungen dominieren auf Kosten der strategischen. Ich beziehe mich auf die SDS-Stellungnahme, die leider nicht allgemein bekannt ist, wo völlig darauf verzichtet wird, die Lehrstücktheorie zu belegen und Argumente anzuführen, die dafür sprechen könnten, sondern wo allein darauf hingewiesen wird, daß es den Leuten, die dort handelten, gelungen ist, ihr bürgerliches Über-Ich zu verdrängen und endlich zu subjektiv aufrichtigen Revolutionären zu werden. Ich glaube, es ist zu diskutieren, in welcher Weise jeweils in einer bestimmten Aktion die beiden Elemente des individualpsychologischen Bedürfnisses und der strategischen Zielfunktion gewichtet sind. Aber ich glaube, es ist ein nicht ernst genug zu nehmendes Indiz, wenn in einer bestimmten Aktion und in einer nachher darüber stattfindenden Diskussion so eindeutig das psychologische Moment dominiert. Ich sehe eine Riesengefahr, wenn gleichsam die psychologische Situation der Handelnden den Aktionsmöglichkeiten und den strategischen Möglichkeiten, die durch eine Aktion erst gegeben sind, so weit voraus ist, wie es meiner Ansicht nach in dieser Tegeler-Weg-Aktion der Fall gewesen ist; das bedeutet in Konsequenz eine vorzeitige Kriminalisierung der Gesamt-APO, die ich nicht wünschen kann. Das auch angesichts der Tatsache, daß sich in solche Aktionen auch Leute aus wirklich durchdachten und psychologisch verständlichen Motiven stürzen, die sich über die

Konsequenzen nicht im klaren sind. Ich würde meinen, daß man sich bei der gesamten Justizkampagne im klaren sein muß, daß eine Justizkampagne ihrem Wesen nach nicht offensiv sein kann, weil die letzte Attacke immer von der Justiz geritten wird. Die letzte Offensive endet irgendwann vor den Gerichtsschranken; das mag auch für die Fälle gelten, die jetzt am Tegeler Weg fotografiert worden sind. Ich glaube, daß das in irgendeiner Weise doch erkannt worden ist, denn ich habe von mehreren, die sich beteiligt haben, folgendes Argument gehört, das ihr eigenes Verhalten sehr infrage stellt: Sie haben nämlich versucht, diesen Lastwagen, der mit Steinen vorbeikam, irgendwie zu deuten als einen Trick der Polizei. Wenn ich das höre, daß jemand den Verdacht ausspricht, daß da ein Lastwagen mit Steinen vorgefahren worden ist, so ist für mich das Faktum, daß er sich reinlegen ließ, daß er dieses Angebot, das ihm gemeinerweise gemacht wurde, Pflastersteine zur Hand zu haben, in unüberlegter Weise wahrgenommen hat. Wenn diese Beobachtung richtig ist, dann schlägt sich meiner Meinung nach hier ein schlechtes Gewissen nieder, eine im Grundsatz falsche Verhaltensweise in dieser Situation.

AGNOLI: Ich möchte auf den wichtigsten Gedanken von Ebert eingehen, nämlich, daß jede Offensive dem Gegner einen Platz zusichern muß in einer zukünftigen Gesellschaft. Als abstraktes Prinzip ist das sehr akzeptabel. In der Konkretheit der Situation scheint mir das daran zu scheitern, daß zum Beispiel der Platz, den die APO Kiesinger und Strauß und Flick in ihrer Gesellschaft zusprechen würde, von den Herren gar nicht akzeptiert wird. Das heißt also, eine gewisse Form der Repression wird diesen Herren gegenüber notwendig sein. Jetzt zu dem Punkt, ob da tatsächlich ein Beitrag zum Klassenkampf geleistet worden ist. Zunächst scheint mir, daß hier ein sehr abstrakter, ein historischer Begriff von Klassenkampf vorhanden ist. Man geht davon aus, daß Klassenkampf schon präsent wäre in der Bundesrepublik und daß er immer auch bestimmte klassische Formen annähme. In der Bundesrepublik und Westberlin geht es doch um anderes: Erst einmal die Bedingungen zu schaffen, die tatsächlich erst einmal zur Bewußtmachung des Klassenkampfes führen. Wir müssen, nicht im Sinne einer nachträglichen psychologischen Rationalisierung, sondern im Sinne der Interpretation auch für die zukünftige strategische Linie uns überlegen, inwiefern das, was am Tegeler Weg geschehen ist, den zwei Punkten dieser Strategie gerecht wurde. Erstens: Konfliktsituationen bewußt zu machen. Obwohl ich den Anlaß Mahler für ungeeignet halte, besteht selbst da die Möglichkeit, daß daran bestimmte Konfliktsituationen in unserer Gesellschaft bewußt gemacht werden. Das ist die eine Seite. Die andere Seite: Wir leben in einer Gesellschaft, in der Distanzierungen deshalb gefährlich sein können, weil sie nicht nur von der bürgerlichen Presse oenutzt werden, sondern hinter dieser Distanzierung von physischer Gewaltanwendung gegenüber der Polizei kann ein psychischer Mechanismus tätig werden, an dessen Ende genau das steht, was wir in Deutschland wieder zerschlagen müssen: Nämlich der Gedanke, daß nur die staatliche Gewaltanwendung legitim ist. Wir dürfen nicht vergessen, daß am Tegeler Weg einer der interessantesten und schwerwiegendsten deutschen Tabus gebrochen wurde, daß nämlich Demonstranten in Deutschland nie militant werden dürfen gegen die Polizei. Es ist für mich gar keine Frage, daß darin ein Beitrag zum Klassenkampf besteht.

NEVERMANN: Man darf nicht die mögliche Folge einer Aktion mit dem verwechseln, was wirklich vorgegangen ist bei dieser Aktion. Wenn Du das Argument bringst, das in der Tat eine Rechtfertigung sein könnte für den 4. November, daß jemandem gezeigt worden ist, daß Demonstranten Gewalt anwenden dürfen, dann müßtest Du den Adressaten nachweisen können.

AGNOLI: Ich habe den Adressaten genannt und ich gehöre nicht zu den Marcuse-Anhängern, die glauben, diesen Adressaten gäbe es in Deutschland nicht mehr. Daß die Arbeiter voll integriert seien: es ist nicht so. Es spielt sich etwas sehr eigenartiges ein. Jedesmal, wenn in den Zeitungen steht, daß Terror angewendet wurde - und die erste Schlagzeile "Das ist Terror" kam interessanterweise bei den sechs Eiern auf das Amerikahaus -, jedesmal ist bei uns die Diskussion losgegangen: Auf diese Weise werden wir unsere Basis nie erweitern, wir haben uns isoliert von der Bevölkerung. Es hat sich gezeigt, daß bei den sich entwickelnden objektiven Zuständen diese Isolierung gar keine

Isolierung mehr war. Das heißt, wir sehen die Frage, ob wir uns isolieren, immer nur von den Methoden her, ohne zu berücksichtigen, daß die objektive Lage sich ändern kann. Es hängt doch, letzten Endes, nicht von unserem Willen ab, ob die objektive Lage sich verändert.

SCHWENGER: Das scheint mir eine sehr trübselige Perspektive auf die Wirksamkeit unserer Arbeit zu sein, die der Genosse Agnoli eben gegeben hat. Will er sagen, daß die Chancen zur Gewinnung einer Massenbasis gar nicht in der Richtigkeit und Qualität unserer Aktionen liegt, sondern allein in der Gunst oder Ungunst der objektiven Lage? Damit könnte man sich dann alle Überlegungen sparen, warum unsere Basis heute schmaler geworden ist als sie es vor einem halben Jahr war. Man kann dann sagen, die objektiven Verhältnisse, die waren einfach nicht so. Unsere Aktionen waren ganz richtig, bloß die Massen waren nicht dafür. Diese Überlegung verkennt meiner Ansicht nach, daß wir durch richtige Strategie, die eben gerade auf die zur Zeit ungünstige objektive Lage reflektiert und die wenigen vorhandenen Ansatzpunkte richtig aufgreift und ins Bewußtsein hebt, sehr wohl unsere Massenbasis gezielt erweitern können. Das heißt, wir sind nicht willkürlich abhängig von der objektiven Lage, wir verändern sie auch durch richtige Aktionen. Wenn das Klassenbewußtsein bei der Masse der Arbeiterschaft zur Zeit nicht vorhanden ist, so können wir sein Entstehen durch unsere Aktionen durchaus fördern. Ob die Aktion vor dem Landgericht dazu dienen konnte: das ist die Frage.

HUFFSCHMID: Es gibt das Problem, daß wir in der APO ganz verschiedene Gruppen haben, die Schwenger hier aufgezählt hat, und die alle von ihrem Selbstverständnis her Klassenkampf machen, also zunächst einmal als solidarische Gruppen angesprochen werden müssen. Diese verschiedenen Gruppen entwickeln in ihrer internen Diskussion verschiedene Ansichten darüber, welche Aktionen durchzuführen sind, welche Kampagnen sinnvoll sind und welche nicht. Nun wird also die Diskussion über sinnvolle Klassenkampfaktionen in diesen Gruppen geführt, zweitens auch noch zwischen verschiedenen Gruppen. Jetzt ist doch die Frage und das Problem, daß über den Sinn und den Klassenkampfcharakter bestimmter Maßnahmen bei verschiedenen Gruppen unter Umständen kein Konsens erzielt werden kann. Wie es mir bei der Landgerichtsaktion zu sein scheint. Die Gruppen, die das gemacht haben, waren der Ansicht, daß das ihre Kampfkraft stärkt und daß das eine gewisse Emanzipation mit sich bringt, insofern also auch schon ein Element des Klassenkampfes enthält. Andere Gruppen meinen, daß es so nicht geht, daß man die Basis schmälert, daß es zur Brutalisierung der Polizei beiträgt usw. Unser Problem ist nun wirklich, wie kriegt man diese Gruppen zu einer Kommunikation, die sich nicht im Distanzieren erschöpft, die sich auch nicht in einer nachträglichen, folgenlosen Kritik erschöpft. Denn es ist eine Tatsache: Die Gruppen, die diese Aktion gemacht haben, stehen zu ihr und lassen sich nicht davon abbringen, daß diese Aktion Klassenkampfcharakter gehabt hat. Wir zweifeln daran, Ihr seid davon überzeugt, daß es nicht so gewesen ist. Jetzt taucht genau das Problem auf, was macht man in einem solchen Augenblick. Und da meine ich: Da geht eben das Gebot der Solidarität mit selbständigen Gruppen, auch wenn der Konsens nicht erzielt werden kann, vor einer Kritik oder einer Distanzierung. Diese Kritik kann zwar geäußert werden, wir müssen uns aber darüber im klaren sein, daß diese Kritik relativ folgenlos ist. Daß wir aber - und das ist jetzt an der Tagesordnung - Aktionen und Kampagnen finden müssen, über die dieser Konsensus in höherem Maße herzustellen ist als es bei dieser Aktion der Fall gewesen ist.

SCHMIDT: Das Problem liegt doch darin, daß die Justiz als Element kapitalistischer Herrschaftsstrukturen zum erstenmal in überschaubaren Zeiträumen, jedenfalls einschließlich der Weimarer Republik zum Objekt von direkten Aktionen geworden ist. Selbst in der Weimarer Zeit hat die Justiz immer noch von dem Mythos Dritte Gewalt gezehrt und bloß verbale Angriffe hinnehmen müssen. Das Bewußtsein davon, daß die Justiz ein Element und ein funktionierendes Element dieses Herrschaftsapparates ist, ist bis heute immer noch nicht ins Bewußtsein jener gedrungen, die für uns wichtig sind. Da möchte ich auch noch einmal auf das Material von den Gruppen-Diskussionen verweisen, das mir zugänglich war. Das sind, wie gesagt, erste Eindrücke, eine Auswertung ist noch nicht erfolgt. Das waren zwei Gruppen, die eine waren Arbeiter von 25 bis 60. In der zweiten Gruppe, die ich bisher von den insgesamt sechs Gruppen kenne, wo Jungarbeiter, Lehr-

linge und einige Schüler dabei waren, ich glaube von 16 bis 25, da sieht die Sache ganz anders aus. Da hatte die Auseinandersetzung über den Tegeler Weg sehr polare Struktur. Da scheint es sich so zu verhalten, daß jene, die ohnehin mit Aggressionen gegenüber der APO geladen sind, das noch potenziert haben bis zum Verlust der Fähigkeit sich zu verbalisieren - das ist bloßes Stottern: Da müßte man ja doch Handgranaten reinwerfen usw. -, und demgegenüber jene, die das tatsächlich als Lehrstück begriffen haben. Das scheint bei Jüngeren durchaus der Fall zu sein. Da müßte man ansetzen und hier auch weitersehen, was sich in diesem Zusammenhang ergibt. Es scheint, daß für die Jüngeren die Justiz noch nicht diese abstrakte, von bürgerlichen Vorurteilen vermittelte Position einnimmt, die nicht mehr zugänglich ist und darum auch nicht mehr durch Aktionen zu erschüttern ist. Das heißt, es gibt hier ein Potential, das für uns zu erobern ist und an dem wir doch weiter arbeiten müssen.

NEVERMANN: Ich bin der Meinung, daß es für das, was wir langfristig machen wollen, viel wichtiger und folgenreicher ist, sich über die Fehler klarzuwerden, als irgendwelche Fehler aufgrund des Solidaritätsgebotes zu rationalisieren. Ich bin der Meinung, daß wir in eine gewaltige langfristige Kalamität kommen können, wenn wir einige Aspekte der Diskussion nach dem 4. November, nämlich eine gewisse Fetischisierung der Gewaltanwendung und jetzt diese Theorien vom Psychoterror, nicht als eine tatsächliche Folge dieser Diskussionen begreifen und uns doch fragen müssen, ob wir nicht eher die Pflicht haben, nicht mit einem Deckmantel von Solidarität aufzutreten, sondern durch Kritik zu versuchen festzustellen: Sind das nicht Tendenzen, die im Sinne einer Basiserweiterung der APO außerordentlich gefährlich sind?

WETHEKAM: Der Genosse Huffschmid hat gesagt, was das Problem ist. Nämlich die Frage der Strategie zwischen Leuten, die partiell im System arbeiten und Leuten, die bewußt außerhalb des Systems arbeiten. Man braucht, glaube ich, durchaus nicht davon ausgehen, daß jede Aktion für alle der sozialistischen Opposition Angehörigen akzeptabel ist. Wichtig ist vor allem, daß das Thema der Aktion auch noch für die Leute, die in den Institutionen arbeiten, vertretbar ist. Da habe ich eine ganz konkrete Kritik an dem, was hier passiert ist. Und ich habe auch ein konkretes Beispiel: Ein Freund von mir hat kurz nach der Landgerichtsaktion im FDP-Landesausschuß über diese Aktion diskutiert. Da gab es kaum ein Wort über Steine, sondern diese Liberalen regten sich darüber auf, wie es überhaupt möglich sei, daß ein Rechtsanwalt seinen Beruf verlieren könne. Ich glaube, diese Herren haben viel politischer reagiert als diejenigen, bei denen das Hauptgewicht auf den Steinen lag. Die Frage des Problems der Steine scheint mir nur noch in die interne Diskussion zu gehören. Ich sehe im übrigen einige Formen der Zusammenarbeit zwischen im System und außerhalb des Systems Arbeitenden an einigen konkreten Beispielen. Ich habe vorhin schon ausgeführt, daß ich glaube, daß die Organisation in Verbände, die sich aufgliedern in Liberale bis links, heute nicht mehr die eigentliche Organisationsform der APO sein kann. Das zeigt sich auch darin, daß die Beschlüsse, die diese Verbände fassen, praktisch irrelevant sind und daß die Politik von den themenbezogenen Gruppen gemacht wird. Ich sehe da Tegel. Tegel wird von Leuten gemacht, die aus dem System herausgefallen sind, den Strafgefangenen teilweise, einzelnen Leuten, unter ihnen die Politiker, andererseits von Leuten aus dem SDS, andererseits von Leuten aus dem LSD, andererseits von Leuten, die in der FDP dafür sorgen, daß es dazu Anfragen gibt. Da sehen wir ein Spektrum von Leuten - von aus dem System Herausgefallenen bis zu Leuten, die im System arbeiten -, die laufend zusammenarbeiten, die laufend miteinander über ihre Probleme diskutieren, und bei denen sich das Problem der Pluralität ihrer Aktionsformen kaum mehr stellt. Innerhalb dieser Gruppe hat es z. B. über das Problem der Steine kaum negative Kritik gegeben. Ich glaube, dieses Modell sollte uns auch Anhaltspunkte geben, wie eine Umorganisation geschehen kann.

REPRESSION: RC AUGSBURG WURDE GEKÜNDIGT

Dem Republikanischen Club in Augsburg wurden vom Hausbesitzer zum Jahresende seine Räume am Milchberg 9 gekündigt. Der RC muß sich jetzt neue Räume suchen.

EXTRA

karl radek

**rosa luxemburg
karl liebknecht
leo jogiches**



NEUERSCHEINUNG: Faksimile-Nachdruck der 1923 im Verlag der Komintern erschienenen Biographien - Sammlung. 52 Seiten, 4 Originalzeichnungen, u. a. von Käthe Kollwitz; Preis DM 2.80. Sofort lieferbar durch EXTRA-Dienst GmbH, 1 Berlin 31, Pfalzburger Straße 20 - Auslieferung für die Bundesrepublik: Verlagsauslieferung Jürgen Beverförden, 1 Berlin 61, Urbanstraße 116 (Telefon 621 38 77).
